

Einige Gedanken zur Ökonomie der Zukunft, zur Zukunft der Ökonomie

von Joachim Paul

Die drastische Veränderung der Arbeitswelt durch Automatisierung, Digitalisierung und Robotisierung, der zunehmende psychische Stress am Arbeitsplatz, die 24-Stunden-Verfügbarkeit und die wachsende prekäre Beschäftigung nicht nur bei Solo-Selbständigen wie „Click- oder Crowdworkern“ sind als Probleme beileibe nicht in einer Art Jungfernen-Zeugung vom Himmel gefallen.

Auch die kürzlich erschienene Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Fraktion „Die Linke“ zur Lage auf dem Arbeitsmarkt liefert einen Beleg für die desaströse Situation – und entlarvt die neoliberalen Wasserstandsmeldungen der letzten Jahre in Deutschland, in denen es „den Meisten gut geht“, als kalt kalkulierte Propagandalüge.

Diese Veränderungen folgen dem neoliberalen Wettbewerbsexzess und dem damit verbundenen Werteverlust, der in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte aus der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Bekämpfung der Arbeitslosen - vor allem durch die HARTZ-Gesetzgebung - gemacht hat und einer Sozialstaatspolitik, die Placebos und weiße Salbe verteilt und die Bürger auf Enthaltbarkeit einstimmt.

Dabei sind wir eine hoch produktive Gesellschaft, die mit immer weniger Menschen immer mehr Produkte und vor allem netzbasierte Dienstleistungen erzeugt und daher ohne große Verwerfungen das realisieren könnte, was Mahatma Gandhi einst sagte: „Wir haben genug für Jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für Jedermanns Gier“.

Der Stand der technologischen Entwicklung und die sich abzeichnenden Veränderungen einer post-industriellen Gesellschaft, der viel bemühten Informations- und Wissensgesellschaft, könnten endlich das Menschenrecht auf menschenwürdige Arbeit und menschenwürdige Mühe realisieren. Auch dann, wenn es schwer fällt, calvinistische Konditionierungen durch einen falschen Leistungsbegriff abzuarbeiten, in denen Freizeit zu Faulheit stigmatisiert wurde.

Nachdem die wirtschaftliche Wertschöpfung zu einem immer größerem Anteil auf den Einsatz von Maschinen und modernen Technologien fußt, ist es unsinnig, die Kosten der sozialen Sicherung ausschließlich über die Besteuerung des Faktors „menschliche Arbeit“ zu finanzieren.

Die schon in den siebziger Jahren von Herbert Ehrenberg in Deutschland und in den 80er Jahren von Walter Dallinger in Österreich angeregte Wertschöpfungs- oder Produktivitätsabgabe gehört deshalb auf die Tagesordnung der parteilichen und gesellschaftlichen Debatten. Wer will, kann es auch „Maschinensteuer“ nennen, das ist in der Begriffsführung wesentlich enger, jedoch plastischer.

Seit dem 2013 erschienenen Aufsatz zur [Zukunft der Arbeit](#) von Osborne und Frey, dem sogenannten Oxford-Paper, wirft eine zunehmende Zahl von Studien zur Automatisierung und Digitalisierung der Arbeit dunkle Schatten selbst auf die nahe Zukunft der Arbeitsmärkte.

Dabei haben gerade diese technischen Innovationen auch eine helle Seite. Wie können wir damit konstruktiv umgehen? Konstruktiv in einer Weise, die nicht bloß zukünftige Geschäftsmodelle, Dienstleistungs- und Produktionskettenmodelle thematisiert, sondern die Fragen nach weitergehenden gesellschaftlichen Veränderungen positiv aufgreift?

Neuss, den 1. Mai 2015